



Drucksachen-Nr.

10438/2020-2025

Datum: 02.06.2025

An den Bezirksbürgermeister als Vorsitzender der Bezirksvertretung Brackwede

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Brackwede	12.06.2025	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Ausschluss von Wettbüros, Glücksspielangeboten und Kiosken im Bereich der Hauptstraße und Treppenstraße
Antrag der SPD-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Änderung der Bebauungspläne im Bereich Hauptstraße und Treppenstraße einzuleiten, um die Ansiedlung weiterer Wettbüros, Glücksspielangebote und „24-Stunden“ Kioske zu untersagen.

Begründung:

Die Fachverwaltung bestätigt (Drucksachen-Nr. 10218/2020-2025), dass der Ausschluss bestimmter Nutzungsarten in Bebauungsplänen rechtlich möglich ist, sofern städtebauliche Ziele wie die Sicherung des Einzelhandels und der Schutz des Stadtteilzentrums verfolgt werden. Der Ausschluss muss sachlich begründet und im Einklang mit dem Baugesetzbuch (BauGB) stehen. Die vorliegenden Entwicklungen und die genannten sozialen Folgen erfüllen aus Sicht der SPD-Fraktion diese Voraussetzungen.

In Brackwede ist ein auffälliger Anstieg von Wettbüros und Glücksspielangeboten zu beobachten, die zunehmend das Straßenbild prägen und leerstehende Einzelhandelsflächen besetzen. Dies führt zu einem sogenannten „Trading-down-Effekt“: Die Attraktivität des Stadtteilzentrums sinkt, was den weiteren Rückzug des Einzelhandels und eine Monokultur begünstigt. Insbesondere mit Blick auf die Schulwege gilt es eine weitere Ausbreitung zu vermeiden.

Glücksspielsucht stellt ein erhebliches soziales und gesundheitliches Problem dar. Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sind bundesweit etwa 430.000 Menschen betroffen. Die Nähe und Häufung von Glücksspielangeboten erhöht das Risiko problematischen Spielverhaltens deutlich.

Städte wie Wuppertal und Bremen haben bereits erfolgreich städtebauliche Konzepte zur Steuerung und Begrenzung von Wettbüros und Spielhallen umgesetzt, etwa durch Mindestabstände oder gezielten Ausschluss in Bebauungsplänen.

Unterschrift:

Peter Fietkau
SPD-Fraktionsvorsitzender